

Merkblatt für Bauwerber

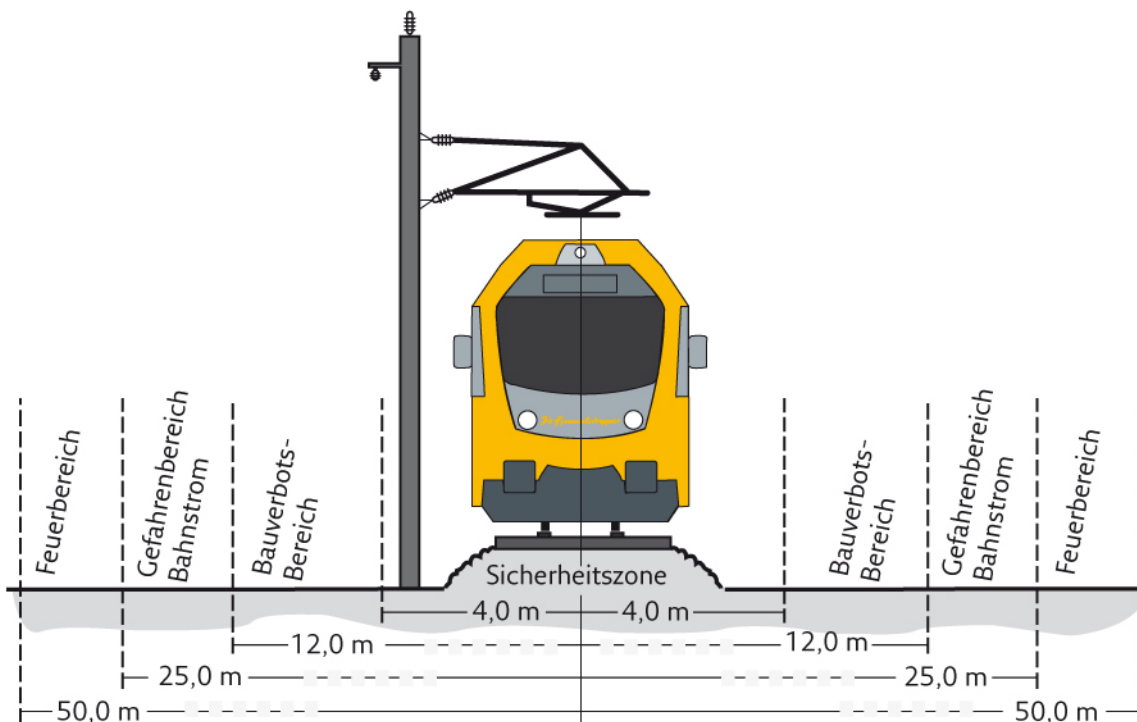
Errichtung bahnfremder Anlagen im Bauverbots-, Gefährdungs- und Feuerbereich gemäß Eisenbahngesetz 1957 (EisbG) in der geltenden Fassung.

Entlang der NÖVOG Bahnstrecke gilt zusätzlich die Sicherheitszone.

A) Allgemeines

Die **Errichtung bahnfremder Anlagen** im Bauverbots- (§ 42 EisbG) und Gefährdungsbereich (§ 43 EisbG) ist nur dann zulässig, wenn darüber zwischen Bauwerber und der NÖVOG Einigung erzielt wird.

Bahnfremde Anlagen sind sowohl **größere Bauwerke** (z.B. Wohnhäuser, Verkehrs- und Radwege, Hochwasserschutz, Industrie- und Gewerbeanlagen) als auch **kleinere Bauwerke** (z.B. Garage, Carport, Pergola, Swimmingpool, Mauern oder Zäune).



Die **Sicherheitszone** erstreckt sich vier Meter beiderseits der äußersten Gleisachse.

Vor Ausstellung der erforderlichen Betretungskarten darf die Sicherheitszone nicht betreten werden.

Der **Bauverbotsbereich (§ 42 EisbG)** erstreckt sich auf freier Bahnstrecke zwölf Meter beiderseits der äußersten Gleisachse und im Bahnhofsbereich (von Einfahrtssignal bis Einfahrtssignal) zwölf Meter von den Bahnhofsgrundgrenzen.

Der Gefährdungsbereich (§ 43 EisbG) von Bahnstromanlagen erstreckt sich bei Freileitungen auf 25 Meter und bei Kabelleitungen auf fünf Meter beiderseits der Leitungssachse. Im **Gefährdungsbereich ist die Errichtung von Anlagen oder die Vornahme von Handlungen verboten, die eine Gefährdung für den Eisenbahnbetrieb darstellen. Zu beachten ist hier auch die freie Sicht auf Signale und Eisenbahnkreuzungen.** Die Beurteilung der Ausdehnung des Gefährdungsbereichs erfolgt im Einzelfall.

Der **Feuerbereich (§ 43a EisbG)** erstreckt sich auf bis zu fünfzig Meter beiderseits der äußersten Gleisachse. In diesem Bereich sind Anlagen jeder Art vom Besitzer sicher gegen Zündung durch Funken (zündungssicher) herzustellen, zu erhalten und zu erneuern.

Bauverbots-, Gefährdungs- und Feuerbereich gelten unabhängig von den Eigentumsverhältnissen und Widmungsarten der betroffenen Grundstücke.

B) Unterlagen

Bauwerber müssen ein formloses, schriftliches Ansuchen an die NÖVOG stellen. Zur Überprüfung des Bauvorhabens durch die NÖVOG sind dem Ansuchen folgende Unterlagen in zweifacher Ausfertigung sowie in digitaler Form beizulegen:

- **Technischer Bericht (Baubeschreibung)**, bezogen auf den Bauverbots- (§ 42 EisbG) und Gefährdungsbereich (§ 43 EisbG) der Eisenbahnanlage
- **Lageplan (Grundriss)**, im Maßstab nicht kleiner als 1:1000; in der Plandarstellung oder im Plankopf sind folgende Angaben zu machen:
 - Anfangs- und Endpunkt der Bahnstrecke
 - Kilometrische Lage (Bahn-km der Strecke)
 - Gleisachsen und Angabe des Abstandes der Gleisachsen
 - Nordpfeil
 - Bahngrundgrenze (braun dargestellt)
 - Geplantes Projekt (rot dargestellt)
 - Angabe von politischen Bezirk, Gemeinde und Katastralgemeinde
 - Angabe der betroffenen Grundstücke (NÖVOG-Grundstück sowie der im Bauverbots- oder Gefährdungsbereich gelegenen Grundstücke)
 - Ansichten, Schnitte, Profile und wenn möglich Digitalfotos

Verfahrensabhängig können weitere Unterlagen erforderlich sein. Sämtliche Unterlagen müssen vom Bauwerber unterschrieben sein. Unvollständige Ansuchen werden dem Bauwerber zur Vervollständigung zurückgegeben, wodurch das Prüfverfahren unterbrochen wird.

C) Einverständniserklärung und Kosten

Wir weisen darauf hin, dass mit der Errichtung bahnfremder Anlagen oder mit Tätigkeiten im Nahbereich von Eisenbahnanlagen erst nach Abschluss der Einverständniserklärung begonnen werden darf und diese andere behördliche Genehmigungen nicht ersetzt.

Die Vergütung für die Prüfung des Bauvorhabens und Ausfertigung der Einverständniserklärung erfolgt nach den jeweils gültigen Kostensätzen.